

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Rates
vom 23.03.2017**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:34 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

Einwohnerfragestunde

RV Leefers eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	VorlNr.
--------------	--	---------

Der Ratsvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge	VorlNr.
--------------	--	---------

Die Tagesordnung wird mit Vertagung des Top 4 "Nachbenennungen in den Fachausschüssen" aufgrund weiteren Beratungsbedarfs einstimmig festgestellt.

TOP 3	Genehmigung der Niederschrift vom 02.03.2017	VorlNr.
--------------	---	---------

Die Niederschrift vom 02.03.2017 wird bei 2 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Vertrag - siehe Top 2.

TOP 5 Einrichtung von leitungsgebundenen Wasserspendern an allen städtischen Grundschulen in Rotenburg (Wümme); Antrag B90/Die Grünen vom 17.02.2017VorlNr.
0093/2016-2021

Bgm Weber berichtet, dass voraussichtlich Ende April bei der Schulleitertagung die Standorte von leitungsgebundenen Wasserspendern erörtert werde. Er führt an, dass nicht nur alle städtischen Grundschulen, laut Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, sondern aus Sicht der Verwaltung, alle Schulen in der Trägerschaft der Stadt, sowie ergänzend laut dem Hinweis der SPD-Fraktion auch die Montessori-Schule mit leitungsgebundenen Wasserspendern ausgestattet werden. Insofern sei kein Beschluss erforderlich.

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) nimmt zur Kenntnis, dass alle Schulen in städtischer Trägerschaft mit leitungsgebundenen Wasserspendern ausgestattet werden.

TOP 6 Resolution an den Landkreis zum absoluten Frackingverbot im Bereich der Rotenburger RinneVorlNr.
0103/2016-2021/1

RF Berg übernimmt die Leitung der Sitzung.

Bgm Weber berichtet, dass das Ziel angestrebt wird, Fracking, welches im konventionellen Bereich noch zugelassen werde, für den Rotenburger Bereich weitestgehend zu verhindern. Hierfür habe er mit den HVB's des Südkreises mit Ministerpräsidenten Stephan Weil als auch mit dem Umweltminister Stefan Wenzel Gespräche geführt. Die Landesregierung unterstütze die Resolution. Bgm Weber erläutert die in der Tischvorlage eingepflegten Änderungen von der ursprünglichen Beschlussvorlage.

RH Leefers ist der Meinung, dass Erdgasförderung nicht ausgeschlossen werde, sondern, dass es hier auf die Technologie ankomme. Gegen das Verpressen des schadstoffbelasteten Lagerstättenwassers in ca. 600-700 m, müsse zum Schutz des Grundwassers vorgegangen werden. Er berichtet, dass im Arbeitskreis Erdgas- und Erdölförderung unter seinem Vorsitz der Beschluss gefasst wurde, dass in Vorsorgegebieten für die Trinkwassergewinnung ein Frackingverbot ausgesprochen wird. Dieser Beschluss soll nun im zurzeit in der Erarbeitung befindlichem Raumordnungsprogramm mit Unterstützung des Landkreises mit eingearbeitet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Rotenburg beschließt einstimmig, folgende Resolution an die Untere Wasserbehörde des Landkreises Rotenburg zum absoluten Verbot des Frackings im Bereich der Rotenburger Rinne zu verabschieden:

„Die Verwaltung wird beauftragt, den Landkreis zu bitten,

- als Untere Wasserbehörde ein absolutes Frackingverbot zum Schutz der Rotenburger Rinne inklusive ihrer Seitenarme sowie der Vorsorgegebiete für die Trinkwassergewinnung als Trinkwasserreservoir zu initiieren und
- die Landesregierung aufzufordern, von ihren gesetzgeberischen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, das bundesgesetzliche Verbot von Fracking und Verpressen von Lagerstättenwasser in Wasserschutzgebieten generell auf Vorranggebiete für Trinkwassergewinnung auszudehnen.“

RH Leefers übernimmt wieder den Vorsitz und bittet die Ratsmitglieder, ihre Redebeiträge in schriftlicher Form dem Protokolldienst für die Niederschrift zu übergeben. Er verweist auf die Geschäftsordnung zur Rededauer von 10 Minuten, wobei geringe Abweichungen toleriert werden.

Bgm Webers Rede ist der Niederschrift als Anlage Nr. 1 beigelegt.

RH Bargfredes Rede ist der Niederschrift als Anlage Nr. 2 beigelegt.

RH Jürgensens Rede ist der Niederschrift als Anlage Nr. 3 beigelegt.

RH Kohlmeiers Rede ist der Niederschrift als Anlage Nr. 4 beigelegt.

RF Dembowskis Rede ist der Niederschrift als Anlage Nr. 5 beigelegt.

RH Dr. Rinck erläutert, dass aus Sicht der CDU-FW-Fraktion aufgrund der guten Wirtschaftslage mit Einnahmen aus Gewerbesteuer, Einkommen- und Umsatzsteueranteilen sowie Schlüsselzuweisungen mindestens 1,5 Mio € Schulden abgebaut werden müssten. Dieses unterstreicht er mit dem Vergleich der Einnahmen im Jahr 2014 von 19,7 Mio € zur Prognose für 2017 in Höhe von 22,7 Mio €. Diese günstige Ausgangslage sei seiner Meinung nach nicht der Verdienst der anwesenden Ratsmitglieder und des Bürgermeisters, sondern ein Geschenk mit dem verantwortungsvoll umzugehen sei; gerade im Hinblick auf nachfolgende Generationen. Er ist der Ansicht, dass bei einem Schuldenstand von 23,8 Mio € Ende 2014 bei einem jährlichen Abbau von 1,5 Mio € bis zum Ende des Jahres 2021 ein Schuldenstand von 13,3 Mio € erreicht werden könne. Er fordert, dieses Ziel zu setzen. Er stellt in Frage, ob es dem Bürgermeister gelungen sei, Schulden zu reduzieren und zeichnet ihn für einen Stillstand beim Vergleich von 2015 mit 23,103 Mio € Schulden zu einem prognostizierten Schuldenstand Ende 2018 mit 23,183 Mio € verantwortlich. Er sehe die Gründe in der zu raschen Folge von millionenschweren Bauprojekten und wirft der Stadt vor, das gesunde Augenmaß verloren zu haben. Er fordert für die Fraktion CDU-FW eine frühzeitige Information und Beteiligung für die kommenden Haushalte, falls der Bürgermeister und Verwaltung weitere Bauprojekte in Millionenhöhe beabsichtigen, die seine Fraktion noch nicht kenne. Weiter erwartet er Berücksichtigung der Projekte, die seiner Fraktion am Herzen liegen, wie die baulichen Verbesserungen der Innenstadt und den für den Sport benötigten Kunstrasenplatz. Er begrüßt die gewünschte Verbesserung der Parksituation am Bahnhof.

Zur Eröffnungsbilanz 2012 besteht er darauf, dass die CDU-FW-Fraktion schriftlich über die Fertigstellung der erforderlichen Teilschritte in kurzen Abständen auf dem Laufenden gehalten werde. Er vertritt den Standpunkt, dass auch für die Erstellung der Jahresabschlüsse für die Jahre 2012-2016 eine klare Planung mit konsequenter Umsetzung als solide Grundlage für die Verabschiedung der weiteren Haushalte notwendig sei und erwartet zügiges Handeln von Bürgermeister und Verwaltung.

RH Schwedesky legt Wert darauf zu betonen, dass der Beschluss der IGS von allen im Rat vertretenen Parteien einstimmig gefasst wurde.

Hinsichtlich der Investitionen und der damit verbundenen Kosten in den Folgejahren sehe er einen besonders zu berücksichtigenden Aspekt. Der Landkreis werde eine Genehmigung nur aussprechen, wenn die Haushalte positiv abschließen. Er weist darauf hin, dass der von der FDP gestellte Antrag zum Bau einer Parkpalette am Bahnhof heute verwiesen werde, jedoch die 10.000 € Planungskosten nicht in den Haushalt mit aufgenommen werden konnten, wobei die Notwendigkeit der Parkplätze lange bekannt seien; spätestens mit dem Beitritt zum HVV. Hinsichtlich des Gesamthaushaltsplanes mit der Auflistung der Investitionsmaßnahmen, zeigt er auf, dass von 2014 bis 2017 jährlich ca. 10 Mio € für Investitionen vorgesehen wurden, jedoch ab 2018 eine Reduzierung auf 8 Mio €, 2019 auf 3 Mio. € und 2020 auf etwas über 2 Mio €. Zusammenfassend eine Reduzierung von 11 Mio € auf 2 Mio € in rund drei Jahren. Er verdeutlicht, dass noch etliche Straßen auszubessern seien, weitere Radwe-

ge gebaut werden müssen und auch der vom Bgm geplante Verkehrswegeplan sowie der Stadtentwicklungsplan Kosten verursachen. Er habe den Eindruck, da nur bei den sinkenden Investitionen ein positiver Abschluss des jeweiligen Haushaltes möglich sei, der Erhalt der Attraktivität der Stadt Rotenburg nicht erhalten werden könne.

RF Grafes Rede ist der Niederschrift als Anlage Nr. 6 beigelegt.

RH Hickisch bezieht sich auf die Haushaltsreden von RH Bargfrede und RH Dr. Rinck, die beide den Bürgermeister für die Versäumnisse verantwortlich zeichnen. Er wundert sich über die Aussage, dass die Schuldentilgung für Rotenburg zu niedrig sei, obwohl der CDU bekannt sei, dass die Kommunalaufsicht geäußert habe, dass die Ausgaben für die Schuldentilgung viel zu hoch seien. Zur Eröffnungsbilanz weist er darauf hin, dass laut seinen Recherchen nach 2012, weder in den Jahren 2013 noch 2014 die Erstellung einer Eröffnungsbilanz angemahnt worden sei und sodann ein Bürgermeisterwechsel stattgefunden habe. Er kritisiert die von der CDU-Fraktion geäußerten Meinung, dass die Ausgaben für die Volkshochschule, die Stadtbibliothek und das Jugendzentrum zu hoch seien und vertritt den Standpunkt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein umfassendes Kultur- und Bildungsangebot für Rotenburg als unersetzlich erachte und sich den von CDU-FW-Fraktion geforderten Einschränkungen entschieden entgegensetze. Er betont die Wichtigkeit der VHS in Bezug auf Integrationsarbeit. Er unterstreicht, dass alle Fraktionen den Bürgermeister und die Verwaltung bei der Umsetzung der Erstellung der Eröffnungsbilanz 2012 und der folgenden Jahresabschlüsse unterstützen mögen. Bündnis 90/Die Grünen werde dem Haushalt 2017 zustimmen.

RH Holstens Rede ist der Niederschrift als Anlage Nr. 7 beigelegt.

RH Grafe bringt vor, dass Rot-Grün Verantwortung trage, für die Schulen, die bedarfsgerecht gebaut werden und nicht nach Maßstäben eines Gelddiktes, wie es die CDU praktiziere. Er möchte geklärt wissen, was die CDU wolle, wenn auf der einen Seite vom Finanzausschussvorsitzenden die Steuererhöhung beklagt werde, die Grundlage eines positiven Haushaltes ist, und auf der anderen Seite Abgaben bei Kindergärten gefordert werden. Er betont mit Nachdruck, wenn emotional geredet werde, dürfe die eigene sieben-jährige Verantwortung nicht vergessen werden.

RF Behrs Rede ist der Niederschrift als Anlage Nr. 8 beigelegt.

Bgm Weber stellt zur Äußerung des RHn Bargfrede, dass das Heimathaus, das Jugendzentrum und die Stadtbibliothek Defizite produziere, klar, dass diese Investitionen Menschen die Möglichkeit von Bildung und Betreuung geben und sozial wirksam sind. Bgm Weber entschuldigt sich für die genannten Termine zur Erstellung der Eröffnungsbilanz begleitet mit dem Zitat Adenauers, was er dafür könne, dass er jeden Tag klüger werde. Zu RH Dr. Rincks Mehrforderung an Schuldenabbau antwortet er, dass man mehr fordern mag, aber dann auch Vorschläge bringe, wo konkret man einsparen wolle. Dies sei jedoch unterblieben. Zu RH Schwedesky stellt er klar, dass die 10.000 € für eine Machbarkeitsstudie einer Parkpalette am Bahnhof nicht aufgenommen worden seien, da die Aktenlage ab 2008 zu diesem Thema aufgearbeitet werde. Er missbilligt RH Holstens Vorwurf eines unfairen Umganges und nicht miteinander Diskutierens hinsichtlich der Grundschulen, das er klarstellt. Zum Anfang seiner Amtszeit habe eine Schulleiterkonferenz stattgefunden mit der Beratung der Bedürfnisse, wie Mensen, Sanierung und IGS-Aufbau und der Erstellung eines Masterplans, wovon RH Holsten als damaliger stv. Schulausschussvorsitzende unterrichtet gewesen ist.

Anschließend fährt er mit seiner Rede fort, die als Anlage Nr. 9 der Niederschrift beigelegt ist.

Beschluss:

Der Rat beschließt bei 8 Enthaltungen einstimmig die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017 und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm und dem Stellenplan 2017 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 07.03.2017 und des Verwaltungsausschusses vom 15.03.2017 (Stellenplan vom 01.02.2017). Inhalt dieses Beschlusses sind auch die Haushaltsvermerke gemäß § 4 Abs. 3 Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (Budgetbildung) sowie die Budgets für die Ortschaften 2017.

TOP 8	Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:	VorlNr.
--------------	---	---------

TOP 8.1	Bau einer Parkpalette im Bereich des Bahnhofs; Antrag der FDP vom 07.03.2017	VorlNr. 0100/2016-2021
----------------	---	---------------------------

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) verweist einstimmig den Antrag in den Ausschuss für Planung und Entwicklung.

TOP 9	Mitteilungen und Anfragen	VorlNr.
--------------	----------------------------------	---------

TOP 9.1	Beschlüsse aus dem Verwaltungsausschuss	VorlNr.
----------------	--	---------

EStRin Nadermann trägt vor, dass der Verwaltungsausschuss vom 15.03.2017 den Auftrag für den Bau eines Linksabbiegestreifens für den Stockforthsweg an die Fa. Ernst Gerken Straßenbau GmbH & Co. KG, Rotenburg (Wümme) vergeben hat.

TOP 9.2	Standuhr auf dem Pferdemarkt	VorlNr.
----------------	-------------------------------------	---------

RH Schwedesky fragt, wer für die Standuhr auf dem Pferdemarkt verantwortlich sei, die seit geraumer Zeit nicht richtig eingestellt sei.

Bgm Weber antwortet, dass die Stadt Rotenburg nicht in der Verantwortung stehe, jedoch die Verantwortlichen mehrmals zu einer Änderung aufgefordert habe.

Die Sitzung wird um 22:34 Uhr geschlossen.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.